Nummer 224 — 25. Jahrgang

6mal wöch. Bezugspreis für Oktbr. 3.00 ℳ einschl. Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die 1gesp. Petitzeile 30 ₰, Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 Millimeter breit, 1 ℳ. Offertengebühren für Selbstabholer 20 ₰, bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Einzel-Nr. 10 ₰. Sonntags-Nr. 15 ₰. Geschäftlicher Teil: A. Hillebrand in Dresden

Sächsische Volkszeitung

Sonnabend, 2. Oktober 1926

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für undeutl. u. d. Fernruf übermitt. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht versehene Manuskripte werd. nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2—3 Uhr nachmittags. Hauptschriftleit.: Dr. Joseph Albert, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Saxonia Buchdruckerei GmbH., Dresden-A. 1, Polierstraße 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto: Dresden 1453. Bankkonto: Dresdner Bank, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Polierstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Japans moderne Entwicklung

Von Harry Teltow, Berlin

(Nachdruck verboten.)

In der modernen Geschichte Japans lassen sich deutlich zwei Entwicklungsstufen unterscheiden, die — von einer kurzen Wachstumsstille, ja sogar durch einen merklichen Rückschritt unterbrochen — den Aufstieg dieses östlichen Kaiserreichs zu einer bedeutenden staatlichen Macht gebracht haben.

Die erste Phase dieser Entwicklung wurde eingeleitet durch den Krieg, in dem vor dreißig Jahren das kleine japanische Inselreich mit China, seinem großen Brudervolk auf dem asiatischen Kontinent, die Waffen kreuzte. Dieser chinesisch-japanische Krieg von 1894/95 mit dem für Japan siegreichen Frieden von Schimonoseki, der den Grundstein für Japans moderne Entwicklung legte.

Von dem Frieden von Schimonoseki bis zu dem Frieden von Versailles, mit dem der Weltkrieg sein Ende nahm, dauerte dieses erste Entwicklungsstadium, das in stets aufsteigender Linie verlief.

Schon zehn Jahre nach seinem Siege über China konnte Japan seinen zweiten festländischen Nachbarn, das endlose Rußland, auf die Knie zwingen und bald darauf (1910) sein Staatsgebiet um Korea erweitern. Während des Weltkrieges, zu einer Zeit also, zu der die Augen der Welt mit Spannung auf die Schlachtfelder Europas abgesenkt waren, besetzte es mit seinen Truppen den deutschen Pachtbesitz in der chinesischen Provinz Schantung, Kiautschou, und zwang die schwache chinesische Regierung diese Besitzergreifung als dauernd anzuerkennen. Dann erpreßte es sich mit den berüchtigten 21 Forderungen im Jahre 1915 in der südlichen Mandschurei und in der östlichen und mittleren Mongolei erhebliche Sondervorteile, die zum Teil tiefe Eingriffe in Chinas Souveränität darstellten.

Aber der einmal erwachte Expansionsdrang dieses tatkräftigen Volkes gab sich damit nicht zufrieden: er griff auch auf die ihm zunächst gelegenen deutschen Schutzgebiete in der Südsee über, und sein Landhunger schritt zu einer Besetzung von Russisch-Sachalin und der gegenüberliegenden Amurmündung. Schließlich drang es mit einer militärischen Expedition bis nach Russisch-Sibirien, weit über den Baikalsee, vor.

Der Friede von Versailles sicherte, soweit Verträge etwas sichern können, diesen Besitzstand mit gewissen Einschränkungen der alliierten japanischen Macht zu.

Damit war das Ende der ersten Periode japanischen Aufstieges erreicht und das Pendel der Geschichte begann nach der anderen Seite auszuholen.

Neidvoll hatte Amerika dieser Machtanhäufung seines gelben Nachbarn jenseits des Stillen Ozeans zugesehen. Es sah daher eine seiner wichtigsten Aufgaben darin, die Entwicklung Japans rückläufig zu beeinflussen. Zu diesem Zwecke bediente es sich einer geschickten Diplomatie, die — in der Form verbindlich, in der Sache aber hart — die Linie des japanischen Aufstieges zurückzubiegen wußte, ohne die wachsame Eifersucht allzu ungeschminkt zur Schau zu tragen.

Es begann nun für Japan eine Zeit fortgesetzter Demütigungen.

Eine wichtige Maßnahme Amerikas in dieser Hinsicht war die von Harding im Winter 1921/22 nach Washington berufene Konferenz, zu der Amerika mit dem harmlosen Firmungsschild „Konferenz über die Beschränkung der Rüstungen und den Stillen Ozean" Einladungen ergehen ließ.

Auf dieser Konferenz harrte der Delegierten Japans manche Schwierigkeit. Nicht am wenigsten unangenehm fanden sie das unverhohlene Werben Amerikas um die Gunst der ebenfalls erschienenen Chinesen. Das mögliche amerikanisch-chinesische Einvernehmen erschien ihnen so gefährlich, daß sie ihrerseits Chinas Gunst gegen Preisgabe aller 1915 erworbenen Vorteile erkauften, eine Wirkung, die Amerika — unbeabsichtigt — wie eine reife Frucht in den Schoß fiel.

Eine besonders schallende Ohrfeige versetzte Amerika dem japanischen Volk durch die Einwanderungsgesetzgebung von 1923, durch die jede weitere Einwanderung von Japanern so gut wie unmöglich gemacht wurde.

Auch Rußland verstand es, den japanischen Expansionstrieb, soweit er sich auf das Gebiet der Sowjetrepubliken erstreckte, Schritt für Schritt zurückzubiegen. Den Abschluß dieses stillen Ringens, in dem sich in der letzten Zeit Japan dauernd in der Defensive befand, bildete der russisch-japanische Vertrag, der den geschickten Sowjetleuten zu den übrigen Vorteilen außerdem noch die Sympathie Japans einbrachte.

So ist Japan langsam wieder um alle seine Kriegseroberungen gebracht worden: lediglich die ehemals deutschen Südseebesitzungen nördlich des Aequators sind ihm geblieben.

Da aber in der Regel ein Unglück nicht allein kommt, gesellte sich zu dem politischen Mißgeschick Japans ein weiteres: die gewaltige Erdbebenkatastrophe die blühende für Außenhandel wie Industrie gleich wichtige Gebiete unerbittlich verwüstete.

Aber seit 1925 ist diese Wendung zum Unglück zum Stillstand gekommen und viele Symptome deuten darauf hin, daß mit demselben Jahre die zweite Phase japanischen Aufstieges begonnen hat.

Japans Politik kann man als eine Politik der kontinentalen Sicherung, oder als eine Politik der Rückendeckung bezeichnen.

Der Januskopf Japans blickt mit dem kriegerischen Gesicht über den Stillen Ozean nach dem amerikanischen Festlande hin, friedlich und gewinnend aber schaut er nach Asien hinüber.

Rußland bot ihm — wenn auch nur gegen Zugeständnisse — die Hand zum Bündnis, das für Japan — auch abgesehen von der Sicherung — mancherlei Vorteile bietet.

Und China beginnt langsam die schmerzhaften Erinnerungen zu begraben und der veränderten und um Friede und Einvernehmen buhlenden Politik Japans mit Verständnis gegenüberzutreten.

Die anfangs japanfeindlichen Streiks in chinesischen Betrieben wandten sich bald mit ihrer Feindschaft auf Kosten Englands von Japan ab. Nicht zuletzt gewann sich Japan Chinas Sympathie durch sein verständnisvolles Eingehen auf die chinesischen Zollwünsche auf der Konferenz in Peking.

Ein Kampfkabinett Pilsudski in Polen

Der Marschall selbst will den Sejm auflösen — Die Demission des dritten Kabinetts Bartels nach einer unerwartet schweren Niederlage im Sejm

Warschau, den 1. Oktober. (Drahtbericht. TU.) Heute vormittag um 11,05 Uhr erhielt Marschall Pilsudski den Auftrag vom Staatspräsidenten eine Regierung zu bilden. Er hat diesen Auftrag angenommen und sich verpflichtet, innerhalb 24 Stunden die Ministerliste vorzulegen.

Das Kabinett Pilsudski wird ein reines Kampfkabinett sein. Daß der Führer der polnischen Linken nach der Demission des dritten Kabinetts Bartels selbst die Regierungsbildung übernimmt, kann nur dahin gedeutet werden, daß er entschlossen ist, seinen Kampf gegen die Rechtsparteien nun zu Ende zu führen. Auf seinem Einzug in Warschau, als er die Rechtsregierung vertrieben hatte, sagte er zu den Abgeordneten: „Sejm und Senat sind die bestgehaßten Institutionen im Lande. Ich gebe euch eine letzte Frist, um zu sehen, ob man in Polen ohne Peitsche regieren kann." Jetzt hält Pilsudski offenbar die letzte Frist für abgelaufen und die Zeit zum Handeln gekommen. Man darf aber auch überzeugt sein, daß die Rechtsparteien gleichfalls zum Kampfe entschlossen sind.

Ueber die Ereignisse, die zur Bildung des Kabinetts Pilsudski geführt haben, geben die folgenden Meldungen Aufschluß.

Warschau, 1. Oktober. (Drahtber.)

Die polnische Regierungskrise hat eine überraschende Aenderung genommen. Der Budgetentwurf der Regierung Bartels ist gestern mit ganz überraschend großer Mehrheit mit 206 gegen 94 Stimmen abgelehnt worden. **Daraufhin haben sich vier Minister des Kabinetts nicht entschließen können, der Sejm-Auflösung zuzustimmen. Daraufhin überreichte Ministerpräsident Bartels dem Staatspräsidenten die Demission, die sofort angenommen wurde.**

Ueber die entscheidenden Sitzungen des Sejms wird im einzelnen berichtet: Der Vorsitzende der Budgetkommission berichtete über die Beratungen der Kommission über die einzelnen Budgetvorschläge. Der Regierungsvorschlag, der seinerzeit mit knapper Mehrheit ohne Aenderung angenommen, dann aber vom Senat abgeändert und an den Sejm zurückverwiesen wurde, hat in der Budgetkommission auch nur in der Senatsregierung Billigung gefunden. Der Vorsitzende der Kommission empfahl daher dem Sejm Annahme des abgeänderten Vorschlages. Die Regierung erklärte demgegenüber, sie würde die Annahme dieses Vorschlages naturgemäß als Ablehnung ihres eigenen Budgets ansehen und ihre Konsequenzen daraus ziehen. Der Sejm lehnte, wie bereits gemeldet, mit **206 gegen 94 Stimmen** den Regierungsentwurf durch Annahme der Senatsregierung ab. Ohne daß ein Mitglied der Regierung das Wort ergriff, wurde darauf die Sitzung geschlossen. — Gegen 9 Uhr abends trat, wie angekündigt, der Sejm erneut zusammen und nahm eine kurze Erklärung des Ministerpräsidenten Bartels entgegen, in der es heißt, die Regierung trete zurück, weil in der schon abgehaltenen Kabinettssitzung sich vier Minister „einstweilen und unter Vorbehalt" gegen Auflösung des Sejm ausgesprochen hätten. Die Sejmsitzung wurde sofort wieder geschlossen. Bartels begab sich im Auto zum Staatspräsidenten und überreichte die Demission, die sofort angenommen wurde.

Briand wieder in Paris

Paris, 1. Oktober. Außenminister Briand ist am Donnerstagabend nach Paris zurückgekehrt, um an dem für heute vormittag um 9 Uhr anberaumten Ministerrat teilzunehmen, der sich, wie bereits gemeldet wurde, mit den technischen Problemen beschäftigen soll, die durch die in Thoiry eingeleiteten deutsch-französischen Annäherungsbesprechungen aufgeworfen werden könnten.

Hughes zum Mitglied des permanenten Schiedsgerichtshofes ernannt?

London, 1. Oktober. Nach einer Reutermeldung aus Washington hat Präsident Coolidge den früheren amerikanischen Staatssekretär Hughes zum neuen Mitglied des permanenten Schiedsgerichtshofes im Haag für die Dauer von 6 Jahren ernannt. — Die Meldung steht in offenbarem Widerspruch zu einem Agenturbericht aus Neuyork, nach dem die Regierung Coolidge wahrscheinlich in nicht allzu langer Zeit den Antrag der Vereinigten Staaten auf Mitgliedschaft des internationalen Schiedsgerichtshofes zurückziehen werde.

Das Kernproblem

3. Fortsetzung des Artikels „Die Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft der Nachkriegszeit.

Von Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.

Wir stehen wieder vor dem Kernproblem der sozialen Frage. Es ist das Verhältnis von Mensch zu Mensch. Auf ein Zusammenwirken von Mensch zu Mensch muß das Verhältnis von Arbeitnehmer und Arbeitgeber zurückgeführt werden. Das erfordert, daß der Arbeitnehmer auch unter den veränderten technischen Verhältnissen ein inneres Verhältnis zu seiner Lebensaufgabe gewinnen kann. Er muß die Bedeutung seines Tuns empfinden können. Er muß nicht nur seine physische Kraft und seine Zeit im Betriebe verbrauchen, sondern auch seine seelische Befriedigung in seiner Lebensaufgabe finden. Es wird in erster Linie Sache der Arbeitgeber sein, ihm dazu zu verhelfen. Möglichst persönliche Fühlungnahme zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft. Fort mit allen nicht unbedingt nötigen oder gar ungeeigneten Zwischengliedern! Auch der Gedanke der Führerschaft der Unternehmer hat seine Grenzen. In den spekulativen und kaufmännischen Aufgaben des Unternehmens mag der Unternehmer Führer sein. Auch nach der technischen und organisatorischen Seite hat der Unternehmer die Führung. Aber schon bei der Technik und der Organisation soll er sich der Mitwirkung der Arbeitnehmer versichern, erst recht aber in allen Fragen des Arbeitsverhältnisses, denn die Arbeitskraft des Arbeiters ist dem Unternehmer ebenso wichtig, wie die richtige Kalkulation und Kapitalbeschaffung.

Praktische Anwendung können diese Gedanken finden in der rechten Anwendung des Betriebsrätegesetzes von beiden Seiten.

Einer anderen seelischen Einstellung bedürfen wir auch bei den stets wiederkehrenden Verhandlungen über das Arbeitsverhältnis, speziell über Arbeitszeit und Arbeitslohn. Von beiden Seiten werden Vorwürfe gegen Schlichtungsinstanzen und Behörden dieserhalb erhoben, während es doch schließlich in der Hand der beiden Parteien liegt, durch gegenseitige Verständigung und vor allem durch Uebernahme der Selbstverantwortung die behördlichen Entscheidungen überflüssig zu machen. Solange aber beide Teile an Verhandlungen über das Arbeitsverhältnis wie an ein Schachergeschäft herantreten, bei dem der eine möglichst wenig nachgeben, der andere möglichst viel fordern will und nicht von vornherein auch die Bedürfnisse der Gegenseite in Rechnung stellt, fehlt es an der rechten seelischen Einstellung zu einer wirklichen Arbeitsgemeinschaft und einem rechten Verhältnis von Mensch zu Mensch.

Wer soll anfangen mit dieser anderen seelischen Einstellung?

Ich antworte: Beide! Wenn aber schon einer den Vorrang haben soll und die Führung beansprucht, dann möchte ich sie den Unternehmern zuweisen. Dann sollen sie auch auf diesem Gebiete Führer sein. Sie werden bald keinen Anlaß mehr haben, sich über Bureaukratisierung der sozialen Gesetzgebung und soziale Bevormundung zu beklagen.

Wenn auf der anderen Seite dann auch die Arbeitnehmer das bekannte Mißtrauen beiseite legen und in sachlichen Auseinanderset-